

7. Bezirk – Neubau

**Angenommene Anträge aus den
Bezirksvertretungssitzungen 2024**

Antrag betreffend Partnerbezirk für Neubau

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Neubau stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 21.03.2024 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien werden ersucht, den Bezirk Neubau bei dem Prozess der Schließung einer internationalen Bezirkspartnerschaft zu unterstützen, insbesondere bei der Prüfung einer konkreten Möglichkeit, der Aufsetzung des Prozesses und beim Treten in erste Gespräche.

Begründung:

Eine internationale Bezirkspartnerschaft bereichert beide Seiten durch vertieften Austausch auf vielen Ebenen: Egal, ob in kulturellen, wirtschaftlichen oder stadtplanerischen Aspekten - der Dialog zwischen zwei Partnerbezirken führt zu neuen Erkenntnissen und Erfahrungen, lässt einen Perspektivenwechsel zu und erweitert den Horizont. Viele Wiener Gemeindebezirke haben bereits eine oder mehrere Bezirkspartnerschaften mit Bezirken anderer Städte, oftmals in EU-Staaten, geschlossen. Neubau zählt bisher nicht dazu.

Um den Austausch nicht nur über die Stadt-, sondern auch die Landesgrenzen hinweg langfristig zu intensivieren und bereichernde Erkenntnisse über den neu gefundenen Partnerbezirk zu schöpfen, wäre eine Bezirkspartnerschaft wünschenswert. Ein möglicher Partnerbezirk könnte der Pariser Namensvetter, der siebente Bezirk (arrondissement du Palais-Bourbon) sein: Beide Bezirke sind urbane Zentren mit einem großen Interesse an Stadtneuerung und nachhaltiger Stadtentwicklung und teilen eine lebendige Kunst- und Kulturszene.



Radhaus Europaplatz

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21.03.2024 gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, auf dem U-Bahn-Zugangsgebäude am Europaplatz/Neubaugürtel eine hochwertige Fahrradgarage zu errichten und für eine entsprechende qualitative Anbindung an den Gürtelradweg zu sorgen.

Begründung

Die Kombination aus Öffentlichen Verkehrsmittel und Fahrradfahren ist ideal um den Verkehr in Wien klimafreundlicher zu machen. Am Öffi-Knoten Europaplatz vor dem Westbahnhof mit U-Bahn-Linien, zahlreichen Zuganbindungen, Straßenbahnen und Bussen solle die multimodale Mobilität attraktiver werden.

Eine Fahrradgarage auf dem U-Bahn-Zugangsgebäude ist eine Maßnahme dies zu erreichen. Durch eine Begrünung des Aufbaus können auch stadtgestalterische Verbesserungen erzielt werden, um den Öffi-Knoten noch attraktiver zu machen.

Die Fahrradgarage soll im Vergleich zu bestehenden Radabstellanlagen durch besserer Erreichbarkeit, besserer Lage, Sicherheit und Platz für alle Arten von Fahrrädern (z.B. Lastenräder) Verbesserungen bieten.



Grünphasen für den Fußverkehr Zweierlinie

Die unterzeichnenden Bezirksrättinnen und Bezirksräte der Grünen stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21.03.2024 gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht Maßnahmen zu setzen, um längere Grünphasen für den Fußverkehr an den Ampeln über die „Zweierlinie“ ermöglichen:

- Übergang Museumsplatz zum Maria-Theresien-Platz
- Übergang Burggasse zur Bellariastraße
- Übergang von der Neustiftgasse zur Volksgartenstraße
- Übergang von der Mariahilfer Straße zur Babenbergerstraße

Begründung

Die Querungen der Zweierline weisen eine enorme Fußverkehrs frequenz auf, da sich entlang der Zweierlinie beidseitig viele Kultur-Institutionen wie Museumsquartier, Volkstheater, Naturhistorisches Museum und Kunsthistorisches Museum befinden. Weiters sorgen die Einkaufsstraßen Lerchenfelder Straße und Mariahilfer Straße, die hochrangige Öffi-Anbindung und die umliegenden Grünräume für eine hohe Zahl an Fußgänger*Innen aller Generationen, die die Zweierlinie queren wollen.

Derzeit sind die Grünphasen für den Fußverkehr zur Querung der Zweierlinie kurz, da der motorisierte Individualverkehr bei den Ampelsschaltungen bevorzugt werden. Um dem Stellenwert des Fußverkehrs hier gerecht zu werden, sollen die Grünzeiten für den Fußverkehr deutlich über die Mindestgrünzeit hinaus verlängert werden.

So sollen die Querungen auch für ältere und gehbehinderte Personen sicherer und bequemer werden. Genauso werden Familien mit kleineren Kindern von dieser Aufwertung für den Fußverkehr profitieren.

Für die auf der Zweierlinie verkehrenden Nachbusse der Wiener Linien sollen geeignete Maßnahmen wie einer Fernanmeldung gesetzt werden, damit diese nicht behindert werden in den Betriebszeiten nicht behindert werden.



Radarbox Neustiftgasse

Die unterzeichnenden Bezirksrättinnen und Bezirksräte der Grünen stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21.03.2024 gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht in der Neustiftgasse an einer geeigneten Stelle im Umfeld einer Schule eine Radarbox zur Kontrolle des Tempolimits zu installieren um die Verkehrs- und Schulwegsicherheit zu erhöhen und gleichzeitig Lärmbelastung für Anrainer*innen zu reduzieren.

Begründung

In der Neustiftgasse gilt für die MIV-Spur eine Maximalgeschwindigkeit von 30km/h. Beobachtungen zeigen: Viele KFZ fahren in der Neustiftgasse schneller als die erlaubte Geschwindigkeit.

Durch eine Radarbox sollen die tatsächlich gefahrenen Geschwindigkeiten reduziert und somit die Verkehrssicherheit erhöht werden. Die Temporeduktion wirkt sich aufgrund von geringeren Lärm- und Schadstoffemissionen auch positiv auf die Lebensqualität der Anrainer*innen aus.



Bezirksfahrradstraße Kandlgasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21.03.2024 gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht zu prüfen, ob in der Kandlgasse von der Hermanngasse bis zum Neubaugürtel eine Fahrradstraße eingerichtet werden kann.

Begründung

Die Kandlgasse erfreut aufgrund der Anbindung an den Gürtelradweg und an die Radhauptroute Schottenfeldgasse sowie die heute schon geringen Mengen an KFZ-Verkehr hoher Beliebtheit. Durch das bestehende Einbahnsystem ist großteils heute bereits nur das Zu- und Abfahren mit KFZ möglich.

Auch die Schüler*Innen vom Bundesrealgymnasium Wien 7 in der Kandlgasse würden von einer attraktiveren und sichereren Radverbindung für ihren Schulweg profitieren.



Begegnungszone Mariahilfer Straße erweitern

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21.03.2024 gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, in der Mariahilfer Straße zwischen Kaiserstraße und Neubaugürtel eine Begegnungszone einzurichten.

Begründung

Der Erfolg der Begegnungszone Mariahilfer Straße soll fortgesetzt und die Begegnungszone in der Mariahilfer Straße ausgeweitet werden. So sollen auch die Bezirk beidseits des Gürtels näher aneinander rücken, die dort ansässige lokale Wirtschaft gestärkt und der öffentliche Raum für alle attraktiver werden.



Fahrrad-Lückenschluss Burggasse-Zweierlinie

Die unterzeichnenden Bezirksrättinnen und Bezirksräte der Grünen stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21.03.2024 gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, in der Burggasse zwischen Breite Gasse und „Zweierlinie“ Maßnahmen zu setzen, um einen qualitativen und sicheren Lückenschluss für den Radverkehr stadteinwärts zu schaffen.

Begründung

Die Burggasse ist eine hochfrequentierte Radverbindung stadteinwärts. Ab der Breite Gasse bis zum Radweg auf der „Zweierlinie“ fehlt jedoch jegliche Radinfrastruktur, obwohl dieser Teil im Hauptradverkehrsnetzes in der höchsten Kategorie eingestuft ist.

Dieser Lückenschluss auf diesem kurzen Stück der Burggasse stellt eine qualitative Aufwertung für die Sicherheit und Flüssigkeit des Radverkehrs dar, die im Einklang mit dem Modalsplit- und Klimazielen der Stadt Wien stehen.



Unfallhäufungsstelle Radweg Zweierlinie

Die unterzeichnenden Bezirksrättinnen und Bezirksräte der Grünen stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21.03.2024 gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, bei der Unfallhäufungsstelle am Radweg auf der „Zweierlinie“ in Richtung Süden bei Kreuzung Museumsplatz – Maria-Theresien-Platz die Verkehrssicherheit zu verbessern.

Begründung

Bei dieser Kreuzung kommt es Aufgrund der rechtsabbiegenden KFZ zur Garageneinfahrt zu zahlreichen schweren Unfällen mit dem geradeaus fahrenden Radverkehr. Diese Unfallhäufung ist auch der Statistik Austria Verkehrsunfallkarte zu entnehmen.

Als Haupttradroute hat die Zweierlinie eine hohe und weiter zunehmende Bedeutung für den Radverkehr in Wien. Gerade in Konfliktsituationen mit dem motorisierten Individualverkehr sind Radfahrende jedoch hohen Gefahren ausgesetzt. Diese Konfliktsituationen sollen möglichst durch baulich verbesserte Infrastruktur reduziert werden.



Die Bezirksräte*innen der SPÖ stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 21.03.2024 gemäß §24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag:

Die zuständige Magistratsabteilung der Stadt Wien werden ersucht zu prüfen, ob und wo im Bezirk Neubau – im Idealfall durchgängige – Radverbindungen in Form von Radstraßen oder Radwegen errichtet werden können, die den Gürtel mit der 2er Linie und die Mariahilferstraße mit der Lerchenfelderstraße verbinden.

Begründung:

Sichere Mobilität für alle Verkehrsteilnehmer*innen ist ein großes Anliegen. Bei den Radverbindungen zwischen Mariahilf und Josefstadt bzw. zwischen Gürtel und 2er Linie hat der Bezirk Neubau noch Optimierungsbedarf. Hier können verschiedene Optionen, wie z.B. die Stollgasse/Lindengasse als Verbindung zwischen Gürtel und Stiftkaserne, oder die Westbahnstraße als Verlängerung des Radwegs Hütteldorferstraße, geprüft werden.

Die Wiener Volkspartei

Neubau

KLUB DER ÖVP BEZIRKSÄTINNEN UND BEZIRKSÄTE NEUBAU

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP Neubau stellen gemäß § 104 WStv. zur Bezirksvertretungssitzung am **21. März 2024** folgenden

ANTRAG

Citybus Mariahilfer Straße

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen Stadtrat Peter Hanke zu ersuchen, die Wiener Linien mit der Ausarbeitung eines Citybuskonzepts zu beauftragen, das den stadteinwärts gelegenen Teil Neubaus (Mariahilfer Straße) mit dem ersten Bezirk verbindet.

Begründung

Die ehemalige Buslinie 2B wurde im Jahr 2014 - nach Änderung und Teilung in 2A und 2B im Jahr 2013 - seitens der Wiener Linien aus wirtschaftlichen Gründen eingestellt. Seitdem gibt es den Wunsch der Neubauer Bevölkerung - insbesondere der älteren Generation - diese Linie wieder einzuführen, da es aktuell aus dem 1. Bezirk keine Möglichkeit gibt, den unteren Bereich der Mariahilfer Straße mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen.

Trotz der jahrelangen Sperre der U2 zwischen Schottengasse und Karlsplatz wurden einstimmig beschlossene Anträge des Bezirksparlaments in dieser Legislaturperiode seitens der Stadt Wien bzw. der Wiener Linien regelmäßig abschlägig beschieden. Durch die Einstellung der Arbeiten am Kaufhausprojekt Lamarr im 7. Bezirk (Mariahilfer Straße 12-18) sowie die ungewisse Zukunft über die Weiterführung gibt es nun auch wirtschaftliche Argumente, die für eine Wiedereinführung sprechen. Ein zusätzliches öffentliches Angebot käme nicht nur den Anrainern und Anrainern entgegen, sondern würde auch die Wirtschaft im stadteinwärts gelegenen Teil der Mariahilfer Straße sowie in den angrenzenden Grätzeln beleben.



Testbetrieb E-Bus 13A

Die unterzeichnenden Bezirksrättinnen und Bezirksräte der Grünen stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 20.06.2024 gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Der zuständige Stadtrat der Stadt Wien wird ersucht, die Wiener Linien dahingehend aufzufordern, auf der Buslinie 13A einen Testbetrieb mit ein oder zwei Batterie-elektrischen-Gelenksbussen durchzuführen. Nach positiver Testphase soll die Linie 13A vollständig und dauerhaft auf Batterie-elektrische-Gelenksbusse umgestellt werden.

Begründung

Der 13A ist für die verkehrstechnische Erschließung des Bezirkes von erheblicher Bedeutung. Im besonders dicht verbauten Gebiet ist die Auswirkung von Lärm und Schadstoffen stark zu spüren. Um einer gesundheitlichen Beeinträchtigung der Anrainer:innen entgegenzuwirken und die Buslinien für Fahrgäste und Anrainer:innen umweltfreundlicher, attraktiver und mit weniger Lärmemissionen zu gestalten, erscheint die Umstellung auf E-Betrieb ein unverzichtbares Mittel. Des Weiteren ist die Elektrifizierung der Busse ein wichtiger Schritt, um die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens zu erreichen. Städte wie Köln (seit 2016), Eindhoven (seit 2016) und Amsterdam (seit 2018), zeigen bereits jetzt, dass die technische Machbarkeit einer Umstellung auf E-Betrieb auch bei großen Gelenkbussen wie dem 13A auf längeren Strecken und in größerer Anzahl an Bussen gegeben ist.

Aktuelle Batterie-elektrische-Gelenksbusse haben bereits eine Reichweite von über 500 Kilometer. Dies entspricht deutlich mehr als der erforderlichen Tages-Kilometer-Leistung eines Busses auf der Linie 13A. Somit wären auch keine Schnellladepunkte an den Endstationen notwendig und die kurzen Wendezeiten weiterhin möglich.

Durch die schnellere Beschleunigung gegenüber Dieselbussen ist von einer schnelleren Umlaufzeit auszugehen, weshalb die um rund 20% geringere Kapazität an Stehplätzen wieder ausgeglichen werden kann.



FlagIncluded

Die unterzeichnenden Bezirksräti:innen stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 20.06.2024 gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Dienststellen werden ersucht, gemeinsam mit der Bezirkvorstehung das Projekt „FlagIncluded“ an den Schulen im 7. Bezirk bekannt zu machen und die Beflaggung der Schulen zu unterstützen.

Begründung

„Queere Sichtbarkeit ist der beste Weg, um allen Schüler:innen kompromisslose Selbstakzeptanz zu vermitteln.“ (Auszug FlagIncluded Projektbeschreibung)

Seit über 40 Jahren feiern wir im Juni den Pride Month, ein Monat, in dem es um die Sichtbarkeit der queeren Community und das Aufzeigen von bestehenden Missständen geht. Auch wenn wir uns als Gesellschaft schon um einiges weiterentwickelt haben, ist für die meisten LGBT*-Jugendlichen das Coming-out, und alles, was damit verbunden ist, eine der allergrößten Herausforderungen. Das fängt beim inneren Coming-out an, also sich selbst einzugehen, nicht in das gesellschaftlich vermittelte Bild zu passen. Weiter geht es mit dem äußeren Coming-out, die Offenbarung der eigenen Identität im sozialen Umfeld. Was es bei diesem Prozess vor allem braucht, ist Mut und Selbstbewusstsein. Es braucht Rückhalt und Offenheit der Schulen und das fängt bei einer klaren und sichtbaren Positionierung gegen Diskriminierung an. Ihnen soll gezeigt werden, dass ihre Schulgemeinschaft hinter ihnen steht.

Die Initiative FlagIncluded (<https://flagincluded.at/>) setzt an diesem Punkt an. Von Schüler:innen ins Leben gerufen, soll durch die Beflaggung von Schulen mit Regenbogenfahnen ein sichtbares Zeichen gesetzt werden. Zusätzlich werden die teilnehmenden Einrichtungen über weiterführende Maßnahmen und Projekte, etwa Schulworkshops, informiert und Info-Broschüren für Schüler*innen bereitgestellt. Die Bezirksvertretung möchte gemeinsam mit dem Projekt FlagIncluded Schulen am Neubau dabei unterstützen, ein sichtbares Zeichen zu setzen.



queerfacts

Die unterzeichnenden Bezirksräti:innen stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 20.06.2024 gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Dienststellen werden ersucht, gemeinsam mit der Bezirkvorstehung das Projekt „queerfacts“ an den Schulen im 7. Bezirk bekannt zu machen und die Durchführung der Workshops an den Neubauer Schulen zu unterstützen.

Begründung

Queere Bildungsarbeit ermutigt die Teilnehmenden der Workshops, sich mit den Themen auseinanderzusetzen und in geschütztem Rahmen Fragen zu stellen. Sie fördert die Begegnung mit und das Sichtbarmachen von LGBTIQ+ Lebensweisen, das Thematisieren verschiedener Diskriminierungsebenen sowie die Sensibilisierung für soziale Ungleichheiten im Kontext geschlechtlicher Identitäten, sexueller und romantischer Orientierungen.

queerfacts (<https://queerfacts.at>) ist ein Bildungsprojekt, das LGBTIQ+ Themen als Extremismus- und Sexismusprävention aufgreift. Die Workshops geben die Möglichkeit, über unterschiedliche, und doch verbindende Erfahrungen ein gemeinsames Verständnis von einem gelungenen und gleichberechtigten Miteinander zu entwickeln und zu fördern. Ziel ist es, einen Konsens zu finden, der sich klar gegen Diskriminierung und für Demokratisierung richtet.

Das Programm „queerfacts“ soll die Schulen für homo-, bisexuelle und trans* oder inter* Schüler:innen nicht nur sicherer machen und so auch suizidpräventiv wirken, sondern auch zu einem Ort, an dem sie ihre Fähigkeiten voll entfalten können, ganz im Sinne des Diversity-Gedankens. Darüber hinaus wird der Umgang mit Vielfalt eine immer wichtigere Lebenskompetenz. Schule der Vielfalt ist damit auch ein aktiver Beitrag zur psychischen Gesundheitsförderung.

Die unterzeichnenden Bezirksräte:innen stellen zur Bezirksvertretungssitzung des 7. Wiener Gemeindebezirks am 20. Juni 2024 gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen folgenden

**Antrag
zur Umsetzung von bezirksbezogenen
Lokale Agenda 21-Prozessen in Wien Neubau 2025-2030**

Die Bezirksvertretung des 7. Wiener Gemeindebezirks Neubau ersucht den zuständigen Stadtrat Jürgen Czernohorszky die Umsetzung von bezirksbezogenen Lokale Agenda 21-Prozessen in Neubau im Rahmen des Projekts „Lokale Agenda 21 in den Wiener Gemeindebezirken 2025-2030“ finanziell zu unterstützen.

Der Bezirk erklärt sich bereit, im Projektzeitraum 2025-2030 für die Umsetzung von bezirksbezogenen Lokale Agenda 21-Prozessen mindestens 54.000 Euro jährlich aus Bezirksmitteln zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Bezirksbezogene Lokale Agenda 21-Prozesse stellen ein bewährtes Instrument dar, um Bürger:innen auf lokaler Ebene in ihrem Engagement zu unterstützen. Im Rahmen eines bezirksbezogenen Lokale Agenda 21-Prozesses werden Bürger:innen informiert, aktiviert und auf Augenhöhe in den Dialog zwischen Bezirkspolitik und Stadtverwaltung eingebunden. Dies fördert nicht nur die Transparenz und demokratische Teilhabe, sondern trägt auch dazu bei, maßgeschneiderte und realitätsnahe Lösungen zu entwickeln, die den individuellen Bedürfnissen und Perspektiven der Bürger:innen entsprechen.

Durch diesen partizipativen Ansatz wird die Legitimität von Entscheidungen gestärkt und das Risiko von Konflikten verringert, da die betroffenen Personen aktiv an der Gestaltung ihres Lebensumfelds beteiligt sind. Dies fördert ein Klima des Vertrauens und der Zusammenarbeit zwischen der Bevölkerung und den lokalen Entscheidungsträger:innen sowie der Verwaltung, was langfristig zu einer nachhaltigen Entwicklung auf lokaler Ebene und einer gestärkten demokratischen Kultur in Wien Neubau beiträgt.



Die Bezirksrät*innen der SPÖ stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 20.06.2024 gemäß §24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen werden ersucht kostenlose Bewegungs- und Bildungskurse im Sommer in den Parks des Bezirks Neubau anzubieten.

Begründung:

Kostenlose Bildungsangebote im Sommer in Parks sind eine gute Erweiterung zu den Bildungs- und Freizeitangeboten, die von Einrichtungen der Stadt Wien angeboten werden. Sie sind auch ein Mittel um Menschen Bewegungs- und Bildungsangebote kostenlos anzubieten, die sich diese sonst nicht leisten können.



LINKS

NEOS

Freiheit
Fortschritt
Gerechtigkeit

**Die neue
Volkspartei**
Neubau

Die unterzeichnenden Bezirksräte*innen der SPÖ Neubau stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 20.06.2024 gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen werden ersucht im September 2024 eine Informationsveranstaltung zum Thema „Wiener Wärmeplan“ für die Neubauer Bürger*innen im Amtshaus zu veranstalten.

Begründung

Die Stadt Wien hat sich zum Ziel gesetzt, dass bis 2040 Raumwärme und Warmwasser in Gebäuden ausschließlich erneuerbar bereitgestellt werden. Etwa 600.000 Gasheizungen müssen bis dahin ersetzt werden.

Mit dem Wiener Wärmeplan 2040 gibt es nun erstmals ein konkretes Zielbild, das darstellt, wie die Gebäudewärme-Versorgung gebietsweise ohne fossile Energieträger im Jahr 2040 konkret aussehen könnte.

Der Wiener Wärmeplan 2040 berücksichtigt den gesamten Gebäudebestand des Stadtgebiets und zeigt, in welchen Gebieten ein Ausbau der bis 2040 komplett klimaneutral erzeugten Fernwärme in Frage kommt - und wo andere Lösungen notwendig werden.



Schutz von Wohnraum in Wohnzonen

Die unterzeichnenden Bezirksräti:innen stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 05.09.2024 gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Neubau ersucht die zuständige Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen sowie die zuständigen Magistratsdienststellen, alle organisatorischen und legistischen Maßnahmen zu ergreifen, dass für Aufenthaltsräume in Wohnzonen, die als Wohnung oder Teile einer solchen Wohnung im Zeitpunkt der Festsetzung der Wohnzone gewidmet waren oder rechtmäßig verwendet wurden oder später neu errichtet werden, **die gewerbliche Nutzung für kurzfristige Beherbergungszwecke zur Gänze nicht mehr möglich ist, damit der Wiener Bevölkerung ausreichend Wohnraum zur Verfügung steht.**

Begründung

Wohnen ist ein Grundbedürfnis und eine zentrale Voraussetzung für Sicherheit, Stabilität und ein gesundes Leben. Die Bevölkerung muss in ganz Wien mit ausreichend leistungsbarem Wohnraum versorgt werden und der vorhandene Wohnungsbestand muss erhalten bleiben.

In Wien wird die Erhaltung des Wohnungsbestandes u.a. in der Wiener Bauordnung geregelt. Nach § 7a Abs 1 Wiener Bauordnung können *in den Bebauungsplänen aus Gründen der Stadtstruktur, Stadtentwicklung und Vielfalt der städtischen Nutzung des Baulandes sowie Ordnung des städtischen Lebensraumes zur Erhaltung des Wohnungsbestandes sowohl im Wohngebiet als auch im gemischten Baugebiet Wohnzonen ausgewiesen werden.*

Die gewerbliche Nutzung von Aufenthaltsräumen in Wohnzonen, die als Wohnung oder Teile einer solchen Wohnung im Zeitpunkt der Festsetzung der Wohnzone gewidmet waren oder rechtmäßig verwendet wurden oder später neu errichtet werden, sind für kurzfristige Beherbergungszwecke zwar nach §7a Abs. 3 der Bauordnung untersagt. §7a Abs. 5 normiert allerdings Ausnahmetatbestände, die diesen Schutz des Wohnraums unterlaufen.

Insbesondere der Ausnahmetatbestand, der es möglich macht, für bis zu 20 Prozent der Wohnnutzfläche (unter Ausschluss des Erdgeschoßes und der Kellergeschoße) eine gewerbliche Nutzung für kurzfristige Beherbergungszwecke in Wohnzonen zuzulassen, führt zu einem Verlust an Wohnraum und zur Belästigung von bestehenden Mieter*innen.

Auch der Ausnahmetatbestand, der es möglich macht, die gewerbliche Nutzung für kurzfristige Beherbergungszwecke in Wohnzonen zuzulassen, wenn zugleich anderer in einer Wohnzone und im gleichen Bezirk befindlicher Wohnraum geschaffen wird, führt zu einer problematischen Mischung von Wohnnutzung und touristischer Nutzung von Wohnhäusern.

Um den Schutz von Wohnraum zu verstärken, soll die gewerbliche Nutzung von Wohnraum für kurzfristige Beherbergungszwecke in den Wohnzonen daher in Zukunft ohne Ausnahmen nicht mehr zugelassen werden.



Die unterzeichnenden Bezirksräte*innen stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 05.09.2024 gemäß § 24 GO der Bezirksvertretungen folgenden

Resolutionsantrag

Für eine kritische Erinnerungskultur und eine konsequente und wissenschaftsbasierte Aufarbeitung der Bezirksgeschichte

Der Bezirk Neubau legt, genauso wie die Stadt Wien, großen Wert auf die Aufarbeitung seiner Geschichte. Nach der Benennung des Mizzi-Langer-Kauba Parks im Jahr 2023, die erfolgt ist, bevor alle Teile ihrer Biographie bekannt waren, wollen wir dieser Verantwortung in noch stärkeren Ausmaß gerecht werden. Wir werden uns daher in der Kulturkommission unseres Bezirks intensiv mit dem Thema auseinandersetzen.

In Zusammenarbeit mit dem Verein „Neubau erinnert“ und anderen in diesem Bereich tätigen Vereinen und Institutionen werden wir uns gemeinsam die bereits erfolgte historische Forschung anschauen und Ableitungen für die Erinnerungskultur im Bezirk treffen. Hierzu wollen wir auch mit Historiker*innen zusammenarbeiten, unter anderen mit jenen die 2013 im Auftrag der Stadt Wien einen Bericht über belastete Straßennamen in Wien erstellt haben.

Sollte sich herausstellen, dass bestimmte Teile der Geschichte des Bezirks noch zu wenig oder gar nicht erforscht worden sind, werden wir uns in der Kulturkommission gemeinsam Gedanken machen, wie wir diese Lücken schließen können.

Bezirksvertretung des 7. Wiener Gemeindebezirks Neubau

Sitzung am 05.09.2024

Beschlussantrag

betreffend Aufnahme des Betriebs eines 7-gruppigen städtischen Kindergartens in Wien
7., Neubaugürtel 6A

STELLUNGNAHME

Gemäß § 103g Abs. 1 Z 19 der Wiener Stadtverfassung – WStV, LGBI. für Wien Nr. 28/1968, in der geltenden Fassung, gibt die Bezirksvertretung folgende Stellungnahme ab:

Die Magistratsabteilung 10 – Wiener Kindergärten hat am 04. Juli 2024 den Bezirksvorsteher darüber informiert, dass mit Beginn des 1. Quartals 2026 in Wien 7., Neubaugürtel 6A der Betrieb eines 7-gruppigen städtischen Kindergartens aufgenommen wird.

Die Bezirksvertretung Neubau schließt sich dem o.a. Vorhaben der Magistratsabteilung 10 an.

Wien, 05. September 2024



Gürtelradweg bis Stollgasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der GRÜNEN und LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 12.12.2024 gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Dienststellen der Stadt Wien werden ersucht, den Gürtelradweg ab der Mariahilfer Straße entlang der inneren Gürtelfahrbahne bis zur Stollgasse auf der Seite des 7. Bezirks baulich getrennt auszuführen und dafür einen der vier Fahrstreifen heranzuziehen.

Begründung

Der Gürtelradweg ist eine der Hauptschlagadern des Radverkehrs in Wien. Dennoch ist dieser streckenweise wenig attraktiv und entspricht nicht den aktuellen und zukünftigen Anforderungen an ein qualitativ hochwertiges Radverkehrsnetz.

Vor allem im Bereich des Westbahnhofs ergibt sich durch die aktuelle Führung und die dadurch nötigen Gürtelquerungen eine Behinderung des Radverkehrflusses mit vielen Engstellen und Wartezeiten bei Ampeln. Auf der Strecke von weniger als 450 m befinden sich für den Radverkehr sieben Ampeln und oft viel zu kleine Aufstellflächen.

Seit über einem Jahr ist für die Baustelle am ehemaligen Sophienspitalareal nun einer der vier inneren Fahrstreifen am Neubaugürtel auf dessen Höhe gesperrt. Es hat sich gezeigt, dass sich dadurch keine negativen Auswirkungen auf das System Gürtel ergeben haben und deshalb nach Ende der Baustelle ein Fahrstreifen für einen baulichen und qualitativ hochwertigen Radweg verwendet werden kann.

Im Hinblick auf die Erreichung der Ziele des „STEP 2025 – Fachkonzept Mobilität“ der Stadt Wien ist diese Verbesserung im Hauptverkehrsnetz unumgänglich und würde einen Lückenschluss zwischen der neu errichteten Radverkehrsanlage auf der inneren Mariahilfer Straße (Christian-Broda-Platz) und dem neu errichteten Radweg auf der Hütteldorfer Straße bedeuten.



**Die neue
Volkspartei**
Neubau

Kontrolle Schanigärten im Winter

Die unterzeichnenden Bezirksrättinnen und Bezirksräte der GRÜNEN, SPÖ und ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 12.12.2024 gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien werden ersucht, speziell in den Wintermonaten die gesetzlichen und bescheidmäßigen Vorschriften und Bedingungen von Schanigärten in Wien-Neubau zu kontrollieren.

Dies betrifft insbesondere das räumliche Ausmaß, die Betriebszeiten, die Betriebspflichten nach § 4 Abs. 2a GAG, das Verbot von raumbildenden Elementen (Einhäusungen) sowie die Auflagen für strombetriebene Heizgeräte.

Begründung

Wien-Neubau ist aufgrund der hohen Anzahl an Gastronomiebetrieben und der innerstädtischen Struktur ganz besonders von der Schanigartennutzung im öffentlichen Raum betroffen. Die letzten Winter seit der Einführung der Dauerbelassung von Schanigärten haben gezeigt, dass die gesetzlichen Bestimmungen oftmals nicht eingehalten werden. Dies betrifft ganz besonders die Betriebspflichten nach §4 Abs. 2a GAG, d.h. dass viele Schanigärten nicht betrieblich genutzt oder betriebsbereit gehalten werden, sonder als günstige Lagerfläche für die Möblierung dienen. Strombetriebene Heizgeräte zur Erhitzung der frischen Luft sind ein Widerspruch zu den angestrebten Klimazielen und sollten eigentlich zur Gänze verboten sein. Die Verpflichtung, Ökostrom zur Beheizung zu nutzen, stellt eine Minimalauflage dar, und sollte daher eingehalten werden.

Der knappe öffentliche Raum ist zu kostbar. Der Magistrat wird daher ersucht hier rigoros die Einhaltung der einzelnen Bescheide und gesetzlichen Bestimmungen zu kontrollieren und durchzusetzen.



Erhöhung Öffi-Frequenz

Die unterzeichnenden Bezirksrättinnen und Bezirksräte der GRÜNEN und NEOS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 12.12.2024 gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Dienststellen der Stadt Wien werden ersucht auf die Wiener Linien hinzuwirken, die Intervalle der Straßenbahnlinien 5, 46 und 49 und Buslinien 13A und 48A durch den 7. Bezirk wieder zu verdichten.

Begründung

In den letzten Jahren wurden die Intervalle der Straßenbahn- und Buslinien aus verschiedenen Gründen ausgedünnt.

Teilweise kommen jetzt neue Straßenbahngarnituren (Flexity) zum Einsatz, welche eine höhere Kapazität haben als die Vorgängermodelle. Jedoch ist für ein attraktives Öffnetz nicht nur die Gesamtkapazität einer Linie ausschlaggebend, sondern gerade eine hohe Frequenz der angebotenen Verbindungen tragen zur Qualität und Attraktivität bei. Deshalb sollen eben diese Frequenzen auf den betroffenen Linien wieder erhöht werden.



Radweg Zweierlinie

Die unterzeichnenden Bezirksrätiinnen und Bezirksräte der GRÜNEN und LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 12.12.2024 gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretung folgenden

Antrag

Die zuständigen Dienststellen der Stadt Wien werden ersucht, die Radwege auf der „Zweierlinie“ zwischen Lerchenfelder Straße und Mariahilfer Straße sicherer und familienfreundlicher zu gestalten und dafür auch Fahrstreifen heranzuziehen. Gleichzeitig sollen Begrünungsmaßnahmen und Verbesserungen für den querenden Fußverkehr geprüft werden.

Begründung

Die Radwege auf der Zweierlinie weisen eine zu geringe Breite auf und entsprechen nicht den aktuellen und zukünftigen Anforderungen an ein qualitativ hochwertiges Radverkehrsnetz.

Durch die Verbreiterung des Radweges soll dieser für alle Altersgruppen und Familien attraktiver und vor allem sicherer werden. Laut Statistik Austria Unfallbilanz fanden sich 2023 abermals die Unfallhäufungen für den Radverkehr im 7. Bezirk an der Zweierlinie, was ein klarer Handlungsauftrag ist, hier dringende Verbesserungen umzusetzen.

Durch deutliche KFZ-Verkehrsreduktion laut Dauerzählstellen der MA46 in den letzten Jahren auch aufgrund der U-Bahn-Baustellen auf der Zweierlinie sind auch bei einer Reduktion der MIV-Fahrstreifen keine negativen Auswirkungen auf das Gesamt-Verkehrssystem zu erwarten.

Im Hinblick auf die Erreichung der Ziele des „STEP 2025 - Fachkonzept Mobilität“ der Stadt Wien ist diese Verbesserung im Hauptradverkehrsnetz ein wichtiger Beitrag, um den Radverkehr zu fördern.

Die Bezirksräte*innen der Spö stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 12.12.2024 gemäß §24 Abs. 1 GO-BV folgenden

Antrag:

Die zuständige Magistratsabteilung der Stadt Wien wird ersucht, trotz der Seitens der Dienststelle vorgebrachten Einwände bezüglich des Verkehrsflusses, eine lichtsignaltechnische Trennung der beiden Relationen Rechtsabbieger-Radfahrer*innen an der Zweierlinie/Kreuzung Museumsplatz/Maria-Theresien-Platz umzusetzen um die Verkehrssicherheit im Speziellen für die Radfahrer*innen zu erhöhen.

Begründung:

Wie durch die MA 46 selbst im Schreiben vom 07.08.24 festgestellt, handelt es sich bei den genannten Kreuzungen um seit langem bekannte Gefahrenstellen mit erhöhtem Unfallaufkommen, welche durch die bis jetzt gesetzten Maßnahmen nicht entschärft werden konnten.

Die Gefährdung der körperlichen Unversehrtheit aller Verkehrsteilnehmer*innen sollte mit allen zur Verfügung stehenden technischen Mitteln minimiert und nicht hingenommen werden, auch wenn dies den Verkehrsfluss negativ beeinflusst.

Erst vor wenigen Monaten kam es einige Meter weiter vorne zu einem, für einen Radfahrer tödlich endenden Zusammenstoß mit einem Pkw. Was wieder einmal aufzeigt, dass im großstädtischen Verkehr noch viel umgedacht und geändert werden muss um auch dem nicht motorisierten Individualverkehr attraktiv und sicher zu machen.

KLUB DER ÖVP BEZIRKSÄTINNEN UND BEZIRKSÄTE NEUBAU

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP Neubau stellen gemäß § 104 WStv. zur Bezirksvertretungssitzung am **12.12.2024** folgenden

Antrag

Barrierefreier Zugang und Sicherheit/Hygiene bei der U6 Station Thaliastraße

Der zuständige Stadtrat Peter Hanke wird ersucht, sich bei den Wiener Linien und ggfs. weiteren Stellen der Stadt Wien dafür einzusetzen, bei der U6 Station Thaliastraße Lifte zu errichten, damit die Station beim Ein-/Ausgang U6-Station Thaliastraße/Lerchenfelderstraße barrierefrei wird. Außerdem soll der Durchgang, in dem 2 Ticketautomaten vorhanden sind, besser beleuchtet werden und eine Versetzung der Ticketautomaten näher zu den Rollstiegen geprüft werden. Darüber hinaus soll überprüft werden, wo bei der Station ein WC errichtet werden kann.

Begründung

An der U6-Station Thaliastraße gibt es beim Ausgang Thaliastraße/Lerchenfelderstraße derzeit ausschließlich Stufen und Rolltreppen, die momentan außer Betrieb sind. Die nächstgelegene Rampe befindet sich am Eingang Koppstraße/Neustiftgasse, etwa 200 Meter entfernt. Dieser weite Weg stellt vor allem für Menschen mit Behinderung, Senioren und Personen mit eingeschränkter Mobilität eine große Herausforderung dar. Daher wäre der Einbau von Liften an beiden Seiten der U-Bahn-Trasse eine wichtige Maßnahme. Der Platz ist ausreichend vorhanden, sodass diese Lifte weder die bestehenden Würstel- und Kebabstände noch die Fuß- und Radwege beeinträchtigen würden.

Der Durchgang an dieser Station wirkt dunkel und wenig einladend. Zwei Ticketautomaten sind genau in der Mitte dieses Durchgangs platziert, was das Durchkommen erschwert und die ohnehin schon eingeschränkte Beleuchtung weiter negativ beeinflusst. Eine verbesserte Beleuchtung sowie eine versetzte Platzierung der Automaten in die Nähe der Rolltreppen würden das Sicherheitsgefühl der Passant:innen deutlich erhöhen. Zusätzlich fehlen an dieser Station WC-Anlagen, was zur Folge hat, dass die umliegenden Grünflächen häufig als Toilettenersatz genutzt werden, insbesondere von den Gästen der dortigen Imbissstände.

Die Anliegen der Fahrgäste, Anrainer:innen, Passant:innen sowie der Standbetreiber:innen zeigen ein großes Interesse an Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit, Sicherheit und Hygiene im Umfeld der U6-Station Thaliastraße.